

Die Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark, einschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummern 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Jedem am Bestimmungsorte unter Angabe der Zeitung eingetragenen. Für unrichtig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksende nur mit der Quellenangabe. Einzel-Zahlung gesondert. Preis der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werden 6. 8gepost, 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechn. u. in unferen Annehmlichkeiten a. allen Anzeigenlisten angenommen. Reklamen die 22 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annammebüro vom 11 Uhr, für die Sonntag-Abtg. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheinungstage: 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleitung u. Haupt-Verwaltung: Halle, Neue Promenade 14. Dr. Braunhausr. 17. Neben-Verwaltung: Nr. 12 Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 548.

Halle, Sonnabend, den 22. November.

1919.

Die Steuererträge in der Nationalversammlung.
 Berlin, 22. November. (Eigene Drahtnachricht.) Die neue Reichseinkommensteuer und die anderen gestern veröffentlichten Steuererträge werden schon in der nächsten Woche die Nationalversammlung beschäftigen. Die Reichseinkommensteuer soll bereits am 1. April 1920 in Kraft treten. Die Landessteuererträge sind schließlich der Gemeindefiscalern freizulassen außer Kraft.

Londoner Vorbereitungen zum Kaiserprozeß.

Kottbus, 22. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Der parlamentarische Mitarbeiter der Londoner "Daily News" meldet: Der Generalstaatsanwalt setzt seine Vorbereitungen zu dem Kaiserprozeß in London eifrig fort. Die jüngste Konferenz in Paris habe anscheinend die englische Regierung in ihrem Entschluß bestärkt, den Prozeß wenn möglich durchzuführen, trotz aller Zweifel, die in verschiedenen Kreisen über die Angewandtheit dieser Politik geäußert wurden. Unsere juristischen Kreise scheinen den Auftrag erhalten zu haben, die Angelegenheit zu ordnen. "Daily Telegraph" sagt: Bisher sind gegen die praktische Möglichkeit eines Kaiserprozeßes Zweifel geäußert worden. Die alliierten Juristen haben betont, daß es tatsächlich kein Gesetz gäbe, nach dem der Kaiser abgerichtet werden könne. Ihnen ist jetzt geantwortet worden, daß der Friedensvertrag selbst das Gesetz schaffe, das bisher fehlte. Es ist die letzte Uebersetzung der britischen Regierung, daß der Friedensvertrag in seinem Umfange unberührt bleiben müsse und daß kein neuer Meinungsaustrausch über diese Frage der Kaiserverurteilung erlaubt sei. Es dürften wohl praktische Schwierigkeiten bestehen, in Holland die Zustimmung zur Auslieferung zu erlangen, aber das ist eine Angelegenheit, mit der man sich beschäftigen könne, wenn sie an der Reihe ist.

Die Ratifizierungskommission.

Kairo, 22. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Am kommenden Dienstag wird die erste Zusammenkunft mit der deutschen Delegation stattfinden, die mit der Unterzeichnung des Protokolls betreffen die Ausrüstung des Waffenstillstandsabkommens beauftragt ist. Es werden ihr Direktor Simon und Freiherr von Bernstorff angehören. In der Sitzung wird General Lebon den Vorsitz führen. Es wird die Prüfung des Abkommens voranommen werden, das hinsichtlich des Inkrafttretens des Friedensvertrages zu treffen ist, hauptsächlich über militärische Fragen, über die Rückgabe der Gebiete durch die Deutschen, die Befreiung derselben durch die Alliierten, den Transport alliierter Truppen, die Uebergabe der Macht in den an die Alliierten zu übergehenden oder einem Selbstig unterstellten Gebieten und die Bildung der Grenzfestsetzungskommission.

Weitere Unruhen in Alexandrien.

Kairo, 22. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die Unruhen haben sich am Donnerstag in Alexandrien erneuert. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen es verschiedene Verwundete und Tote gab. Der Generalrat ist zurückgetreten.

Belagerungszustand über Alexandrien.

23. Kairo, 21. November. (Svada.) Infolge des Zwischenfalles in Alexandrien hat die Militärbehörde die Befestigung der Kriegsgasse und die Verhängung des Belagerungszustandes verfügt. Mahmud Soliman Pascha und Ibrahim Said Pascha, der Präsident und der Vizepräsident des Komitees der ägyptischen Delegation sind gestern morgen auf Befehl der britischen Militärbehörde festgenommen und in die Kaserne von Kasr-el-Nasr gebracht worden.

Passagierluftverkehr Amerika-Europa.

Basel, 22. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Aus New York wird gemeldet: Man beschäftigt sich hier in Finanzkreisen mit der Gründung einer Aktiengesellschaft, die den Passagierluftverkehr Amerika-Europa einführen soll.

Rumänische Thronrede.

23. Bukarest, 21. Nov. In der Thronrede bei Einführung der rumänischen verfassunggebenden Versammlung betonte der König alle Vertreter der rumänischen Nation bündel und jenseits der Karpaten und kündigte die Revision der Verfassung an, die Groß-Rumänien zu einem kulturell gestiegenen Lande ausbauen solle. Allen fremdsprachigen Nationen in Groß-Rumänien solle politische und kulturelle Freiheit gewährt werden, damit sie keine Feinde und nicht Feinde würden.

Verhärfung der Kabinettskrise.

Berlin, 22. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir von gutinformierter Seite erfahren, ist die Frage des Ausscheidens der Sozialdemokratie aus dem Reichskabinet in ein akutes Stadium getreten. Die bevorstehende Beratung der Kapitalsteuer wird eine große Menge von Konfliktstoff zur Entladung bringen, die um so größere Folgen nach sich ziehen wird, als die Haltung des Zentrums außerordentlich unsicher ist. Zwischen hat sich auch gezeigt, daß die Folgen der Koalitionspolitik die Unhaltbarkeit der Sozialdemokratie eines großen Teils ihres Einflusses auf die Arbeiterklasse beraubt haben.

Will der Untersuchungsausschuß verschwinden?

Berlin, 22. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Wie ich erfahre, werden die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses eine mehrwöchentlich Unterbrechung erfahren. Inzwischen wird die Veröffentlichung des gesamten Aktenmaterials des Auswärtigen Amtes über die Vorgeschichte des Krieges erfolgen.

Hindenburg-Ehrungen in Hannover.

Aus Hannover wird gemeldet: Generalfeldmarschall v. Hindenburg traf am Donnerstagabend in Hannover ein. Dem Bahnhof hatte die Stadt nienshaft der Hochschule Aufstellung genommen. Als Hindenburg die Bahnhofskasse betrat, erhob sich lautes Hochrufen, und schwarzweiße Fahnen wurden geschwenkt. Die Menge lang "Deutschland, Deutschland über alles". Nach der Abfahrt ordnete sich die Menge zu einem Zug nach der Villa Hindenburgs. Ein Reiter brachte ein Buch auf den Feldherrn aus. Dieser erwiderte, daß es für ihn nicht leicht gewesen sei, nach Berlin zu gehen, aber er müsse betonen, wenn es auch schwere Tage für ihn in Berlin gewesen seien, so seien sie doch auch erhebend gewesen. Er habe mit Freunden festgelegt, daß das nationale Empfinden wieder im Steigen begriffen sei, und er kehre freudiger zurück als er hingegangen sei.

Das Betriebsrätegesetz als "Weihnachtseschen"

Zum Schicksal des Betriebsrätegesetzes wird mitgeteilt: Die Regierung hat der Wehrkreiseite der Nationalversammlung die Mitteilung angeden lassen, das Betriebsrätegesetz noch vor Weihnachten zu verabschieden, um Verhängung in die Reihen der Arbeiter zu tragen und der Arbeiterklasse "ein soziales Weihnachtseschen in den Schoß zu legen". Zentrum und Sozialdemokraten wollen in diesen Tagen sich über die kritischen Punkte des Entwurfs einigen. Die Sozialdemokraten sollen, wie verlautet, Zugeständnisse machen.

Kein Kompromiß mit Wilson.

Berlin, 22. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Wie von gutunterrichteter Seite berichtet wird, ist es den amerikanischen Gegnern des Friedensvertrages gelungen, die Ratifizierung auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben. Damit ist die Stellung der amerikanischen Regierung ungemein erschwert. Alle Nachrichten von einem in Aussicht stehenden Kompromiß zwischen Wilson und einem Teile der Republikaner entsprehen nicht den Tatsachen. Im Gegenteil neigen sogar die Demokraten der republikanischen Opposition zu.

Von gutinformierter Seite erfahren wir ferner, daß die Ansicht des amerikanischen Senats, den Kriegszustand mit Deutschland aufzuheben, für die westpolitische Lage von außerordentlicher Bedeutung ist. Wenn der Antrag des Senators Lodge Annahme findet, ist die amerikanische Regierung gezwungen, zu demissionieren. Das sich dann neubildende Kabinet würde alsbald die Regelung der Friedensfrage auf gänzlich neuer Basis vorzunehmen haben. Auf diese Weise würde die Friedensangelegenheit noch mindestens ein halbes Jahr in der Luft schweben.

Französische Mordbuben.

In Mainz wurde, wie dem "Bot. Anz." berichtet wird, in einer der letzten Nächte von einem französischen Wochensprenger eine Gruppe Spatzengänger gefolgt, einer wurde erschossen. Nach der Befreiung des Voliers sollen die Spatzengänger, trotz erfolgten Anrufs, nicht stehen geblieben sein. — Aus Saarbrücken wurde demselben Blatt berichtet, daß eine Wochensprenger in einem Kino von einem französischen Franzosen in dem Revolver schwer verletzt wurde, weil sie sich mit Fremdbinnen unterhalten und gelacht hatte.

Sonderfriede mit Amerika?

Die Hölle in Europa.
 or. Berlin, den 22. November 1919.

Am 1. Dezember 1919 soll endlich endgültiger Friede sein. Aber ein Friede ohne Amerika. Und damit ist die größte Unsicherheit und Gefährlichkeit der Lage für Deutschland gegeben, eine Lage, die sich in kurzem Ausmaß während der letzten Tage deutlich angefühl hat. Am 5. Dezember will sich die ganze amerikanische Friedensabordnung nach New York einschiffen. Der Oberste Rat in Paris ist gegenwärtig nur noch eine Konferenz der Außenminister der europäischen Alliierten. Herr Poincaré, der Vertreter der amerikanischen Regierung, nimmt an den letzten Sitzungen, die am 3. oder 4. Dezember stattfinden sollen, nur noch mit beratender Stimme teil. Er ist jetzt nach London gereist, um mit Lloyd George zu beraten. Eine Entscheidung kann dabei nicht fallen. Man muß sich jetzt alle Bestimmungen des Versailles-Vertrages, die Amerika betreffen, herausdenken. Die amerikanischen Truppen werden aus dem besetzten Gebiet zurückgenommen. Koblenz wird geräumt. Die Kommissionen eilen nach Hause. Die Amerikaner, die nach Oberlohen gebracht werden sollten, um die Volksabstimmung zu überwachen, werden durch englische, französische oder belgische Truppen ersetzt. Es sind das keine heiteren Aussichten, auch wenn man uns versichert, daß am 15. Dezember der weihnachtliche Schiffsverkehr zwischen Amerika und Hamburg, ganz friedensmäßig, nur eben mit den uns genommene Schiffe beginnen soll. Die Vereinigten Staaten, die einen Sonderfrieden schließen, mögen uns einzelne Erleichterungen bieten. Im allgemeinen tun sie uns keinen Gefallen. Wird es wirklich zum Sonderfrieden kommen? Seit Wochen tobt der Kampf zwischen der Regierung des erkrankten Präsidenten Wilson und dem Senat, ein Kampf, den die alliierte Presse in Europa in begreiflicher Verwirrung nur sehr verflücht wiederholt und der ohne die genaue Kenntnis der amerikanischen Verfassungsverhältnisse kaum zu verstehen ist. Die Macht und das Vetorecht des Präsidenten ringt mit dem parlamentarischen Widerstand. Das Ringen hat keine Aussicht auf ein Auseinandergehen im — parlamentarischen Untersuchungsausschuß der deutschen Nationalversammlung. Auf der einen Seite die alte Kriegsgeneration, die einen Frieden herbeiführen sucht, und er ihr eben möglich erscheint, auf der anderen Seite die Heimat, die damit nicht zufrieden ist, die es besser gemacht haben will. Daß der amerikanische Senat immer noch nicht zu einer Entscheidung kommen konnte, liegt an seiner Zusammenkunft. Für abweichende Beschlüsse ist immer eine einfache Mehrheit vorhanden. Aber die für den Versailles-Vertrag notwendige Zweidrittelmehrheit will und will nicht zustandekommen. 64 Stimmen brauchen die Anhänger der vorbehaltlosen Ratifikation. Aber sie brauchen es nur auf 51 Stimmen gegen die Vorbehalte des Senators Lodge. Was entstehen diese Vorbehalte? Sie gingen im wesentlichen darauf hinaus, den Vereinigten Staaten die volle Bewegungsfreiheit wiederzugeben und sie von jeder weiteren Einmischung in die europäischen Angelegenheiten fernzuhalten. Der erste Vorbehalt gab den Vereinigten Staaten im Falle ihres Austritts aus dem Völkerbund das Recht, allein zu entscheiden, ob sie den Verpflichtungen, die ihnen der Völkerbundvertrag auferlegt hätte, nachkommen seien. Wichtiger noch war der zweite Vorbehalt, welcher aussprach, daß die Vereinigten Staaten sich nicht verpflichtet fühlten, die Integrität oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Landes zu garantieren oder bei Streitigkeiten zwischen anderen Nationen zu intervenieren oder ihre Land- und Seestreitmacht ohne Zustimmung des Kongresses für irgendwelche Zwecke auszubieten. Ferner forderte Lodge, daß die Vereinigten Staaten keine Mandate ohne Zustimmung des Kongresses übernehmen dürften, daß die Monroe Doktrin unberührt bleiben müsse, daß Amerika sich in der Schantungfrage volle Freiheit wahre und daß nur der Kongress zu entscheiden habe, ob sich Amerika an irgend welchen Kommissionen, Gerichtshöfen und Konferenzen beteiligen solle. Ein anderer sehr wichtiger Vorbehalt betraf die von der Entente durch den Versailles-Vertrag eingeführte "Wiedergutmachungskommission" und er-

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe
 bringen jährlich 50 Mark Sparzinsen, außerdem Bonus und Gewinne

Art, daß diese Kommission sich nur mit Genehmigung des Kongresses in die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen einmischen dürfe. Diese Vorbehalte sind gefallen, und der Senat von Washington ist ergebnislos nach Hause gegangen. Während der Vertagung verfaßt Wilson ein neues Kompromiß mit den Republikanern. Wichtig ist es, so geht nach einem neuen Antrag Sogbe in der Dezemberdebatte des Senats der Sonderfriede seinen Gang. Es ist sehr fraglich, ob wir Grund haben, den Sonderfrieden zu begrüßen. Denn der Verfallter Vertrag ohne Amerika, das ist die Hölle in Europa, ohne Gegengewicht, ohne Ventil.

Die Getreidelieferung der Branereien.

Auf eine Anfrage der demokratischen Klug, Grünwaldt und Föhme über die Belieferung der Branereien antwortete der Reichswirtschaftsminister:

Die Reichsgetreidekasse ist unter dem 24. Oktober 1919 angewiesen worden, die Branereien bis zu 5 Prozent Malzkontingent mit Getreide zu beliefern. Die Kleinbranereien deren jährliches Kontingent nicht mehr als 20 Zentner beträgt, werden bis zu dieser Höhe voll beliefert. Diese Belieferung ist als eine Teillieferung gedacht. In welcher Höhe weitere Belieferungen angeordnet werden können, hängt von der Entzweiung der Getreideernte ab. Die Beschaffung der Branereien infolge Vorkantmachung der Getreidezuteilung geschlossen werden müßten und daß dadurch Angestellte und Arbeiter des Brauereiwirtschaftsgebietes werbes brotes müßten, ist hiernach nicht mehr begründet. Auch für Bohren ist bis jetzt nur in dem vorbestimmten Umfang eine Belieferung gestattet worden. Die von Bayerischen Landesgetreidekasse im September eingeleitete Einlagerung von Braugerste in die Branereien ist nach Mitteilung des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums eingestellt worden. Soweit die Einlagerung erfolgt ist, ist nach Mitteilung des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums die Verarbeitung der eingelagerten Menge durch Anordnungen, die im Zusammenhang mit der Einlagerung getroffen worden sind, verboten worden, so daß eine Verarbeitung über den Rahmen der jetzt allgemein angeordneten Teillieferung hinaus auch in den bayerischen Betrieben nicht erfolgen wird. Bezüglich der Frage der Belieferung der bisherigen Vertriebsbetriebe hinsichtlich der Höhe des Kontingents der bayerischen und der nichtbayerischen Betriebe wird auf den Reichsrat eingehendsten Antrag vom 28. Oktober 1919 Bezug genommen, dessen Erledigung abgewartet wird.

Speziell der Angelegenheit der belandenen Getreidekasse ist die Schließung sämtlicher Branereien. Zu diesen gehört auch der unabhängige Arbeitgeberverband, der verlangt, daß die Getreide, welche für Braugewebe verwendet würde, zur Lebensmittelverteilung verwendet werde. Seitens der Reichsregierung wurde ihm auf seine Anfrage mitgeteilt, daß die Getreidemenge, die zur Wiederherstellung Verwendung finde, so gering sei, daß bei ihrer Verteilung an die Bevölkerung nicht mehr als 1/4 Pfund auf den Kopf entfalle. Es wäre also geradezu Unfug, die Wiederherstellung zu unterstützen und damit Hunderte von Betrieben lahmzulegen und Hunderttausende brotes zu machen.

Ausschluß des Tumultschädengesetzes.

Die Beratung wird bei § 11 fortgesetzt. Der Reichsrat hat sich für die Erhaltung des Gesetzes ausgesprochen, so daß es § 11 bestehen bleiben soll. Er hätte es für bedenklich, wenn alle schon ermittelten Reichsminister jetzt außer Kraft gesetzt werden sollen. Ein Demokrat ist der Meinung, daß Reichsminister geschaffen werden müßten. Entweder hätte man die bisherigen Gesetze bestehen lassen müssen, oder es müßten sämtliche Gesetze außer Kraft gehen. Es müßte eine einwandfreie Rechtslage geschaffen werden. Er hoffe, daß der § 2 bei der zweiten Lesung so gelautet werde, daß die Entscheidung gewährt werde, dann würden sich alle diese Fragen von selbst erledigen. Ein anderer Demokrat behandelte ausführlich

die Verhältnisse in Halle.

Hier ist ziemlich einwandfrei nachgewiesen, daß die Forderungen zum größten Teil von Militärpersonen, die für die Sicherheit der Stadt zu sorgen, selbst aber unter Beihilfe dieser Militärpersonen ausgeübt werden. Die Verhältnisse betreffen die bisherigen Feststellungen. Der Art. 131 der Reichsverfassung wolle die Bewohner gegen Übergriffe ihrer Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt schützen. Unter die öffentlichen Beamten fallen ausdrücklich die Militärpersonen. Wenn man jetzt die Entschädigung in vollem Umfang ablehnen wolle, bleibe nichts anderes übrig als die § 11 anders zu gestalten und den Gesalbigen auf dem Klagewege ihr Recht suchen zu lassen. Wie das Gericht im einzelnen entscheiden werde, darüber geräusche er sich als Richter nicht. Ebenfalls ist das für ihn kein Hindernisgrund, den Antrag zu stellen, in § 11 die Worte dieser Militärpersonen auszuheben. Die Verhältnisse betreffen die bisherigen Feststellungen. Der Art. 131 der Reichsverfassung wolle die Bewohner gegen Übergriffe ihrer Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt schützen. Unter die öffentlichen Beamten fallen ausdrücklich die Militärpersonen. Wenn man jetzt die Entschädigung in vollem Umfang ablehnen wolle, bleibe nichts anderes übrig als die § 11 anders zu gestalten und den Gesalbigen auf dem Klagewege ihr Recht suchen zu lassen. Wie das Gericht im einzelnen entscheiden werde, darüber geräusche er sich als Richter nicht. Ebenfalls ist das für ihn kein Hindernisgrund, den Antrag zu stellen, in § 11 die Worte dieser Militärpersonen auszuheben. Die bisher in Schiedensinstanzen ermittelten Verfallsrenten gelten als Kosten des Verfahrens. Hierauf wird die Vertagung auf Dienstag 10 Uhr beschlossen.

Eine halbe Milliarde verpulvert.

Die Kosten des Berliner Metallarbeiterstreiks.

Die Kosten des Berliner Metallarbeiterstreiks sind von der Reichsregierung Seite dahin berechnet worden, daß durch ihn dem deutschen Volk und seiner Wirtschaft ein Schaden von mehr als einer halben Milliarde Mark entstanden ist. Dieser Schaden besteht nicht nur in der Folgezeit: reiner Lohnverlust von 130 000 Arbeitern an 40 Arbeitstagen 104 Millionen Mark, Warenproduktionsausfall mindestens das Vierfache des Lohnes mit 416 Millionen und Streikunterstützungen mit 27 Millionen Mark. Dazu kommen noch die Abhebungen der

Arbeitnehmer aus ihren Sparkassen, die doch ebenfalls als Verluste der Volkswirtschaft zu buchen sind, und die noch gar nicht berechneten Kosten, die entstehen, um die so lange stillgelegten Betriebe wieder in Gang zu bringen, und die Verluste der durch den Streik indirekt in Mitleidenschaft betroffenen Betriebe.

Und was ist gegenüber diesen Riesensummen erreicht worden? Die Erhöhung der Zulagen auch in der fünften Lohnliste von 5 auf 10 Pfennig war von den Unternehmern bereits Anfang Oktober zugestanden worden. Ihre Erhebung brauchte man wahrlich ganz gewiß nicht acht Wochen lang zu lämpfen und aus einem beträchtlichen Teil der deutschen Industrie einen Scherbenhaufen zu machen.

Zu dieser Einseitigkeit scheint auch die neue Leitung des Metallarbeiterverbandes gekommen zu sein, denn sie wählt in einem Rundschreiben an die Ortsgruppen dringend, von unerfüllbaren Forderungen, wie Abschaffung der Arbeitsschlichter und einmalige Bestimmen, Abstand zu nehmen. Streiks, die ohne Genehmigung der Verhandlung erklärt würden, hätten nicht auf deren Unterstützung zu rechnen.

Meße Brennholz.

Im Volkswirtschaftsamt des Nationalvereinsammlung begründete ein Regierungsvertreter den Entwurf einer Verordnung über die Erhebung des Holzpreislages zur Verringerung des Mangels an Holz und Brennholz. Im Zusammenhang hiermit wurde eine Petition des deutschen Städtebundes, die eine Verjüngung der Städte mit Brennholz verlangt zur Erleichterung der winterlichen Kahlheiten. Ein Vertreter der demokratischen Partei wies darauf hin, daß jetzt sehr viel Holz ausgesetzt werde, während doch Holzstoffe überhaupt nicht ausgeführt werden sollten. Ein Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei nannte die Regierungsvorlage einen Schritt zur Sozialisierung des Waldes. Er trat dafür ein, daß ein Arbeitsanhang zur Gewinnung von Brennmaterial eingeführt werde.

Ernährungsfragen.

Im Reichswirtschaftsministerium finden seit mehreren Wochen wichtige Beratungen statt, die sich mit eventuellen Veränderungen in der Zwangsbeschaffung der Ernährung der deutschen Bevölkerung befassen. Bei diesen Beratungen, die in diesen Tagen zum Abschluß gelangen sollen, werden, wie der „L. A.“ von zuständiger Stelle erklärt, die getrennt von uns mitgeteilten praktischen Vorschläge der deutschen Landwirte aufmerksam geprüft und sorgfältig abgemessen, berücksichtigt werden. Eine einseitige Einstellung der Regierungskreise ist aber erst nach Abschluß der Beratungen zu erwarten. Alle sonstigen Nachrichten über bereits beschlossene Änderungen der Zwangsbeschaffung müssen als veraltet und nicht zu verlassen angesehen werden.

Die Reichsstaatsstelle verhandelt zurzeit mit amerikanischen Ausfuhrstellen wegen Arbeitsverjüngung. Aus diesem Grunde ist auch in dem Aufnahmeprogramm amerikanischem Speck eine Erhöhung eingetreten.

Folgen schwerste Einschränkungen in Sicht.

Nach den neuesten Angaben, die von zuständiger Stelle über die Kohlenlage gemacht werden, ist die Situation unserer Industrie durch die Unmöglichkeit ausreichender Kohlenlieferungen noch ernst geworden. Während im Vorkriegszeit noch 55-60 Prozent der Kohlen an die Industrie geliefert werden konnten, sind jetzt nur noch 30 Prozent an die Industrie geliefert worden. Es wird aber noch eine weitere Einschränkung in Sicht sein, und zwar werden nur noch die wichtigsten Zweige, die Stoffherstellung, die Nahrungsmittelindustrie, die Holz- und die Ernährungsindustrie mit Kohle beliefert werden können. Daneben noch diejenigen Industriezweige, die der Herstellung von Lokomotiven dienen.

Alle übrigen Industriezweige werden vorübergehend stillgelegt werden müssen.

Diese Stilllegung kann natürlich nur auf kurze Zeit erfolgen, wenn sie nicht den Zusammenbruch der gesamten Industrie zur Folge haben soll, und darf nur so lange dauern, bis die Eisenbahnen wieder einen gewissen Vorrat an Kohle angeammelt haben. Auch die Ausnahme soll aufs äußerste eingeschränkt werden.

Was die

Verjüngung der Eisenbahnen anbelangt, so hat die Eisenbahn zurzeit noch Vorräte auf sechs Tage. Der Verbrauch der Eisenbahnen ist im Vergleich mit dem Vorkriegszeit außerordentlich groß. Die preussischen Bahnen verbrauchen 85 Prozent, des vorjährigen Quantums, die sächsischen 96 Prozent, die württembergischen 100 Prozent, die bayerischen 85 Prozent und das, obwohl im Vorkriegszeit nur ein Drittel mehr gefahren wurde als jetzt, nur noch Kohle und Lebensmittel befördert werden. Diese Unmöglichkeit konnte das Reichswirtschaftsministerium nicht genügend erklären. Man muß also annehmen, daß sich an diesen Kohlen, die vorzugsweise für die Eisenbahnen geliefert wurden, leider noch recht viele andere Hände wärmen. Der Kohlenverbrauch, der noch im Mai 29 000 Tonnen betrug, ist im Oktober bereits auf 64 000 Tonnen gestiegen, während der Verbrauch immer mehr zurückgeht. Es ist ferner sehr schwierig, die Schiffahrt, namentlich die Fischdampfer, ausreichend mit Brennstoff zu versorgen, so daß sie häufig 3 bis 14 Tage stillliegen müssen.

an Gasanlagen.

Lara ein Vorrat nicht geliefert werden, so daß sie auch weiter von der Hand in den Mund leben müssen. Am 1. Oktober des vorigen Jahres betragen die durchschnittlichen Bestände bei den Gasanlagen 780 000 T. Das ist das Quantum, das für einen Monat benötigt wurde. Am 1. Oktober dieses Jahres betragen die Bestände durchschnittlich nur noch 203 000 Tonnen, die für wenige Tage ausreichen. Es können nur die größeren Gasanlagen weiter beliefert werden, während schon ein Teil der kleineren Gaswerke zur Stilllegung gekommen ist.

In Hausbrand ist die Situation tatsächlich so, daß für den

Kopf und Tag auf ein Brikett zu rechnen ist. Größere Belieferung ist zurzeit nicht möglich. Was die Erhebung anbelangt, so ist sie in letzter Zeit wieder

zurückgegangen, so daß sich am 15. November die Bestände im Ruhrrevier auf 758 000 Tonnen beziffern und in Oberhessen auf 586 000 Tonnen.

Clemenceau an die Spitze Frankreichs?

Paris, 21. Nov. Clemenceau wird bis Januar Ministerpräsident bleiben und nachher Präsident der Republik werden. Man hat ihm die Wahl unterlegt, sich als Kandidat für die Kammerpräsidentenwahl gegen Deganel aufstellen zu lassen.

Deutsches Reich.

Umgestaltung der Arbeitslosenfürsorge.

Berlin, 22. Nov. Die Umgestaltung der Arbeitslosenfürsorge war der Gegenstand einer Besprechung, die gestern im Reichsarbeitsministerium stattfand.

Die Unabhängigen „bestreiten“.

Berlin, 22. Nov. Wie das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der „Freiheit“ mitteilt, ist an den umlaufenden Gerüchten über Einigungsverhandlungen der sozialistischen Parteien „kein wahres Wort“. Demselben Blatt zufolge sind die Mitglieder des sogenannten roten Klubs: Neumann, Stoll, Mahjan und Ederi aus der Partei entlassen worden. Wie die „Freiheit“ weiter mitteilt, ist, da nunmehr mit einiger Sicherheit angenommen werden könne, daß eine erneute Reichsversammlung der Abstammung des Reichsparteitagess der Unabhängigen nicht hinfällig sein würde, der Beginn der Tagung endgültig auf den 30. November festgelegt. Die Tagungsarbeiten beginnt bereits am 29. Nov.

Ausland.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik dauert an.

Haag, 21. Nov. „Nieuwe Courant“ meldet aus New York, daß der Bergarbeiterstreik trotz der Zurückziehung der Streikbefehle fortbauere und sogar zunehme. Die Lage sei sehr ernst. Die Behörde in den während des Krieges Jahren, seien wieder eingeführt.

Die Schweiz tritt dem Völkerverbund bei.

Bern, 21. Nov. Der Nationalrat und der Ständerat haben heute die Vorlage über den Eintritt der Schweiz in den Völkerverbund endgültig angenommen.

Rus der demokratischen Bewegung.

Wladibor, 22. Nov. Am Donnerstag fand in Wladibor eine öffentliche Versammlung der Deutschen demokratischen Partei statt. Referent war Herr Döringener von Wladibor, welcher über „Die Demokratie im neuen Deutschland“ sprach. In der Diskussion trat dem Referenten ein Unabhängiger entgegen, der aber von ihm im Schlußwort glücklicherweise abgelenkt werden konnte. Die Disputation hatte einen Teil Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Kauenborf, 22. Nov. In Kauenborf fand am Freitagabend eine öffentliche Versammlung der Deutschen demokratischen Partei statt. Zu dieser Versammlung war die U. S. P. sogar mit ihren eigenen Kanonen aus Halle angezogen. Der Parteisekretär Hermann ergriffte und leitete die Versammlung. Nach ihm sprach Herr Kuhn über die Demokratie im neuen Deutschland. Die Ausführungen des demokratischen Redners fanden bei dem Teil der Versammlung, der nicht zur U. S. P. gehörte, lebhaften Beifall. Genosse Peters, Halle, der dann in ziemlich einseitigen Ausführungen befaßt wurde, wurde von dem demokratischen Redner in seinem Schlußwort Punkt für Punkt widerlegt. Doch die U. S. P.-Mitglieder es natürlich wieder an den wütendsten Aufschrei und Rabaukenen nicht stehen ließen, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die Vorarbeiten zur Gründung einer Ortsgruppe sind durch diese Versammlung sehr gefördert worden. Eine Ortsgruppe der Deutschen demokratischen Partei wird demnächst dort konstituiert werden.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Fußballport.

Sportklub. Sonntag, nachm. 4 Uhr. im Vereinslokal Müllers Bierkneipe.

Die neue Statistik des Westdeutschen Spielverbands bringt insgesamt die Bilanz von 631 Vereinen mit 83 500 Mitgliedern, das bedeutet gegen die letzte Volkszählung vom 1. Januar 1914 eine Vermehrung um 20 000 Mitglieder, ein erneuter Beweis für die große Beliebtheit des Fußballs und leidenschaftlichen Sports trotz aller Verluste des Krieges und der Eindrängungen, denen der Sport im letzten Gebiet unterworfen ist.

Die nachstehenden Zweigstellen und die Stadtfilialen der „Saale-Zeitung“

gehen allen Bezirken bei Vorzeigung der Bezugscheinigung sicherhaltene Nummern kostenfrei ab:

1. Geschäftsstelle Ost, Ulrichstraße 52,
2. Teichstraße 24, Frau Tremsinger,
3. Zigarrenstraße Köpcke, Rannischer Platz,
4. Nürnberg, Bern-Mühlstraße,
5. Merleburgerstraße 10C,
6. Hentzschnmann, Beckmühlstraße 3A, Ecke Hordorferstraße,
7. Hofrichter, Gütchenstraße 15,
8. Heys, Händelstraße 38,
9. Gerbig, Glauherstraße.



Heute gelangt bestimmt zur Vorführung der Film

Ellen Richter

in dem spannenden Drama in 4 Akten

Leipzigerstrasse 88.

Fernruf 1224.

„Der Aberglaube“

Dazu: Paul Heidemann in dem Lustspiel „Los vom Weibe“.

In beiden Theatern beginnen am morgigen Totensonntag die Vorstellungen um 6 Uhr.



Heute gelangt bestimmt zur Vorführung der Film

Paul Wegener

in dem Monumentalfilm

Alte Promenade 11a.

Fernruf 5738.

„Der Galeerensträfling“

II. Teil — Collins letzte Verkörperung.

Dazu das Lustspiel „Nur wer die Arbeit kennt“.

In beiden Theatern beginnen am morgigen Totensonntag die Vorstellungen um 6 Uhr.

Walhalla-Operntheater.
Sonntag 11,8 Uhr:
Die Faschingsfee.
Sonntag 1,8 Uhr:
Schwarzwaldmadel.
Montag:
„Faschingsfee“.
Kasse
Sonntags ab 10.

Stadt-Theater
Berichtigung, 22. Nov. 19, Anf. 7 1/2, Ed. 10 1/2, Uhr.
Die Rose von Stambol.
Sonntag, 23. Nov. 19, Anf. 7 1/2, Ed. v. 11 Uhr.
Unter persönlicher Leitung von Prof. Dr. Hans Pfitzner
Der arme Heinrich.
Musikdrama von Hans Pfitzner.
Montag bleibt das Theater geschlossen.
Dienstag:
II. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus:
Lieder-Abend.
Mittwoch:
III. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus:
Das Christleinlein.
Donnerstag:
IV. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus:
Orchester-Konzert.

Angebot:
Speisezimmer Herrenzimmer Damenzimmer Schlafzimmer Küchen.
grösste Auswahl an ein- oder bis ganz reicher Ausführung. Möbelabrik
Alu. Mariuk Nachb.
Inh. Rich. Ziemer
Alte S. A. H. Markt 2.

Nansa-Motel
neben Apollo, Des. A. Schladitz
Zeitgen. gute Küche. Skat-spielgehehl.
Zimm.-einheitspr. 4 M.
Preiswert u. gut
kaufen Sie sämtliche Unterzeuge, Strumpfwaren in dem ersten Spezialgeschäft
H. Schnee Nacht.
G. Sternstraße 24. Ger. randt 1838.

Licht-Spiele
Morgen Sonntag
den 23. November, von 6 Uhr ab geöffnet.
Einlass 1/2 6 Uhr.
2. Vorstellung 8 1/2 Uhr.
2 ernste Dramen.
Fernsprecher 4681
Grosse Ulrichstr. 51
Im Herzen der Stadt

Apollo-Theater
Täglich abends 7 1/2 Uhr
Die Puppe.
Operette v. G. Lindemann
Sonntag 7 Uhr:
Die Puppe.
Sonntag 9-1 u. 3-4 1/2.

Weit-Panorama
Or. Ulrichstr. 45, I.
I. Schwazland.
II. Spanien
Medivid.

ZOO.
Sonntag, den 23. Nov. 19
Der Tierpark ist bis auf weiteres täglich von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.
Eintrittspreise:
für Erwachsene 1.— M.
für Kinder — 50
Donnerstag, 8. 27. Nov., abends 8 Uhr:
Gesellschafts-Abend
(Kongress und Ball)
für die Freunde des Zoologischen Gartens.

Albert Manthey
Galt e. G., Gr. Ulrichstr. 12
Musikalien • Pianinos und Klavierinstrumente.

Wo? Treffpunkt??
Im Wiener Restaurant und **Café Fromm**
Robert-Franzstr. 1b Fernsprecher 2465
Das berühmte Engelhardt-Bier vom Fass.
Vorzüglicher Mittag- und Abendtisch.
Wiener Küche.
(Vorzimmer noch einige Tage in der Woche frei.)

UT Leipzigerstr. 88
Fernruf 1224.

Morgen (Totensonntag)
Via crucis.
Der Weg des Leidens.
Ein Traum in 5 Bildern.

Die Filmwerk, das einem Heiligen Inhalt in wackervolle Bilder und spannende Geschehnisse liefert; und durch alle Abgründe über alle Glieder menschlicher Leidenschaften führt.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß diese große Filmschöpfung

nur am morgigen Sonntag
und zwar in den Vorstellungen um 6 Uhr, 6 15 zur Vorführung gelangt.

Hausbesitzer von Halle u. Umgegend
Sonntag, den 23. November, vormittags 11 Uhr
findet im Saale des Neumarkt-Schützenhauses, Herz Nr. 41, eine
Protest-Versammlung
Tagesordnung:
„Einspruch gegen die von der Regierung geplante Festsetzung von ungenügenden Höchstmieten.“
Referent: Herr Justiz-Rat Herzfeld.
Da diese Versammlung den Reim des gesamten Hausbesitzes bedeutet, muß deshalb in letzter Stunde dagegen energisch protestiert werden.
Sämtliche Hausbesitzer sind deshalb eingeladen.
Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit ist es Pflicht eines jeden Hausbesitzers zu erscheinen.
Haus- und Grundbesitzer-Verein e. V. zu Halle a. G.

Kaffegarten Trotha
Beilanger Ausflugsort.
Kaffee, Kuchen und Torten. Froyberg-Bräu.
Div. Weine. Ergebenst leidet ein Otto Rutann.
Kl. Klausstr. 7
Rübe des Marktes
3 Könige,
Versäumen Sie nicht
das neue, glänz. Programm!

Neu! Neu!
Hohenzollern-Diele,
Magdeburgerstr. 65.
Täglich 5 Uhr-Tee.
Gut geheizte Räume.
Gute Kapelle.